

FREIE BAUERN



**FREIE BAUERN Deutschland gegründet: Initiative, Standpunkte, Forderungen / Vorschlag für gemeinsame Kundgebung gegen Mercosur / Bauernbund bringt Rückfallklausel für Dünge-
novelle in die Diskussion / Lieber EU-Strafzahlungen als diese Düngeverordnung / Schlag
ins Gesicht der Bauern / Bauernmilliarde: Wir nehmen kein Schweigegeld / Bauernbund
gegen neue Steuer – Tierwohl entsteht nicht am Schreibtisch / Bauernbund kritisiert DBV-
Forderung nach Umgestaltung der Landwirtschaft / Bauernbund warnt vor Einstieg des Fi-
nanzkapitals / Diskussion zum agrarstrukturellen Leitbild in Brandenburg / BHV1 in Aachen:
Wir beschützen diese Rinder vor Bürokratenwahnsinn / Friedrich-Löffler-Institut ohne Sinn
und Verstand / Widerstand in der Oberpfalz gegen Rote Gebiete / FREIEN BAUERN Sach-
sen-Anhalt für selbstbestimmtes Wirtschaften.**

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Peter Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174- 1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Landesvertretung FREIE BAUERN Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Manfred Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Carlo Horn, 15537 Grünheide OT Kagel
Christoph Schilka, 03096 Guhrow
Marcus Schilka, 03096 Guhrow
Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Max Kirsten, 04916 Kremitzau OT Polzen
Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Aufbruchstimmung

Die würde ich hier heute gern verbreiten, und einem Schuss Optimismus dazu. Leider fällt mir das in Zeiten wie diesen nicht ganz so leicht wie auf dem fröhlichen Bild kurz vor Weihnachten, als wir gerade die 1000-Mitglieder-Grenze überschritten hatten. Um uns herum verändert sich die Gesellschaft auf beängstigende Weise. Keine Sorge, ich werde keine Einschätzung zur Corona-Krise geben, das steht mir nicht zu. Vielleicht sind wir, wenn dieser Rundbrief erscheint, ja auch schon wieder auf dem Weg zurück zu Freiheit und Lebensfreude.



Mit der Düngeverordnung hat der Bauernstand eine harte Niederlage erlitten. Viele Berufskollegen haben sich sehr engagiert, auf den ersten Blick vergeblich. Diese Niederlage als „verpasste Chance“ kleinzureden oder gar einen „kleinen Erfolg“ hinein zu interpretieren, wie das von unseren Mitbewerbern auf dem Markt für landwirtschaftliche Interessenvertretung zu hören war, geht gar nicht. Zur Tagesordnung übergehen auch nicht. Wenn die 2016 nach Brüssel gemeldeten Messergebnisse keine Rückschlüsse auf den Zustand des Grundwassers und den Einfluss landwirtschaftlicher Einträge erlauben, dann gibt es bereits für die bestehende Düngeverordnung keine Rechtfertigung, das hat der damalige Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn schon im Januar 2017 in einem Schreiben an das Bundesumweltministerium festgestellt. Was falsch ist, bleibt falsch und wird durch den Bundesratsbeschluss nicht richtiger. Wir werden die Düngeverordnung deshalb nicht „mit Leben erfüllen“, sondern weiter grundsätzlich bekämpfen, mit allen zur Verfügung stehenden praktischen, politischen und rechtlichen Mitteln.

Das Foto auf der Titelseite, das unser Mitglied Erwin Koch aus dem hessischen Diedenshausen schoss, zeigt einen steinigen Acker. Damit steht es in gewisser Weise symbolisch für die Agrarpolitik, mit der wir es zu tun haben. Es zeigt aber auch viel Frühlingsluft, und damit sind wir vielleicht doch bei dem Schuss Optimismus, den ich uns allen wünsche: Am 10. Februar hat die Mitgliederversammlung des Bauernbundes Brandenburg im Schwanenkrug Schönwalde mit großer Mehrheit die Beteiligung an den FREIEN BAUERN beschlossen. Damit war der Weg frei, aus der bis dahin privaten Initiative von Alfons Wolff und mir gemeinsam mit dem Bauernbund-Präsidenten Marco Hintze eine deutschlandweite Berufsorganisation nur für bäuerliche Familienbetriebe zu schmieden. Das Ergebnis findet Ihr auf den nächsten Seiten: am 30. März sind wir mit den FREIEN BAUERN gestartet. Allen Berufskollegen aus den anderen Bundesländern, die bis dahin unserem privaten „Bauernbund-Brandenburg-Fanclub“ angehört haben, möchte ich hier heute noch einmal herzlich danken für ihre Geduld und ihr Vertrauen. Und den Brandenburgern für ihr klares Votum. Jetzt sind wir alle zusammen die FREIEN BAUERN und wollen dafür sorgen, dass der Bauernstand in Deutschland wieder eine starke Interessenvertretung bekommt!

Der Aufbruch ist da und wir haben ihn nicht verschoben auf „die Zeit danach“. Die Aufbruchsstimmung wird sich schon noch einstellen. Draußen wird es jedenfalls Frühling, soviel steht fest.

Reinhard

30. März 2020: FREIE BAUERN Deutschland gegründet

(PM 30.03.2020) Der Bauernbund Brandenburg dehnt seine Aktivitäten aus: Mit Unterzeichnung der Gründungssatzung am heutigen Montag entstehen die FREIEN BAUERN als neue deutschlandweite Berufsorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe. Bundessprecher wird Alfons Wolff, Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt, sein Stellvertreter der Bauernbund-Präsident Marco Hintze, Mutterkuhhalter aus Krielow in Brandenburg. Weitere Mitglieder der Bundesvertretung sind der mecklenburgische Milchviehhalter Peter Guhl, der hessische Ackerbauer Ralf Ehrenberg und der bayerische Schweinemäster Georg Straller.



Alfons Wolff



Marco Hintze



Peter Guhl



Ralf Ehrenberg



Georg Straller

„Die Proteste der letzten Monate dürfen nicht umsonst gewesen sein“, wünscht sich Wolff: „Sie müssen in eine glaubwürdige unabhängige Politik nur für unsere Bauern münden – ohne Rücksichtnahmen auf Parteiämter, Parlamentsmandate oder Aufsichtsratsposten in der Industrie.“ Wenn Bauern ihre Meinung unverfälscht vorbringen, haben sie im gesellschaftlichen Dialog durchaus eine Chance, ist Wolff überzeugt: „Wir stehen gegen Mercosur, Gentechnik, Düngebetrug, Insektenlüge und Tierwohlsteuer. Wir stehen für viele bäuerliche Familienbetriebe, denen die Bevölkerung vertrauen kann, weil sie auf eigenem Grund und Boden nachhaltig wirtschaften.“

1040 Mitglieder haben die FREIEN BAUERN, knapp die Hälfte davon in Brandenburg. Die Mitglieder aus anderen Bundesländern sind in den vergangenen anderthalb Jahren durch private Kontakte auf die Arbeit des Bauernbundes aufmerksam geworden. „Wir haben festgestellt, dass unser Konzept, nur Bauern zu vertreten und keine Agrarkonzerne, über die Landesgrenzen hinaus viel Anklang findet“, berichtet Marco Hintze: „Dabei geht es nicht nur um Politik, sondern auch um eine Haltung. Wir sind stolz darauf, Bauern zu sein. Bauernhöfe sind die ökonomisch und ökologisch leistungsfähigste Agrarstruktur. Unser Land braucht nicht wenige große, sondern viele starke Betriebe.“

Als GmbH, deren einziger Zweck die bäuerliche Interessenvertretung ist, wollen die FREIEN BAUERN frischen Wind in die deutsche Agrarpolitik bringen. „Dadurch sind wir schlank und schlagkräftig und können ohne Reibungsverluste gleich mit der Arbeit loslegen“ begründet Politik-Referent Reinhard Jung, der in Brandenburg seit fünfzehn Jahren Bauerninteressen vertritt, die gewählte Organisationsform: „Alle, die unsere Ziele unterstützen, dem Bauernstand neue Geltung zu verschaffen, sind herzlich willkommen!“

FREIE BAUERN: Unsere Initiative

Die FREIEN BAUERN sind die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland. Wir sind hervorgegangen aus dem Bauernbund Brandenburg. Wir vertreten ausschließlich die Interessen von Bauern – keine Agrarkonzerne! Wir arbeiten unabhängig von Politik und Industrie – keine Partei-

ämter, keine Aufsichtsratsposten! Als bundesweite Initiative auf der Grundlage einer zweckgebundenen GmbH sind wir schlank und schlagkräftig organisiert. Auf diese Weise können wir unsere Ziele effizient und beharrlich verfolgen, in der öffentlichen Diskussion überraschen und überzeugen und unseren Mitgliedern vor Ort den Rücken stärken.

Unser Ehrenamt besteht aus gestandenen Bauern. Das Zusammenwirken beruht auf Sympathie und Vertrauen. Keine Begehrlichkeiten, keine Befindlichkeiten – alles wird dem Ziel untergeordnet, dass die nächste Generation auf unseren Höfen eine Zukunft hat. Unser Hauptamt besteht aus freiberuflichen Mitarbeitern. Sie verbinden Professionalität mit persönlicher Leidenschaft für die bäuerlichen Familienbetriebe. Vernetzte Heimarbeit spart Bürokosten.

Deutschlandweit sind wir inzwischen über 1.040 Mitglieder. Jetzt wollen wir schnell mehr werden. Landesvertretungen werden in diesem Jahr Schritt für Schritt eingerichtet. Ansprechpartner, an die sich interessierte Berufskollegen wenden können, haben wir jetzt schon in vielen Bundesländern: neben Brandenburg – wo der Vorstand des Bauernbundes Brandenburg natürlich die Landesvertretung der FREIEN BAUERN bildet, auch in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Unsere Bundesgeschäftsstelle (von oben nach unten): Der Referent für Politik und Medien Reinhard Jung ist studierter Historiker und Nebenerwerbsbauer in Lennewitz in Brandenburg. Die Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung Antje Bree ist studierte Landschaftsplanerin und Bauersfrau aus Mehrow in Brandenburg. Und die Referentin für Fachthemen und Kommunikation Frieda Simon ist Studentin der Agrarwissenschaften und Bauertochter aus Michaelisbruch in Brandenburg.



FREIE BAUERN: Unsere Standpunkte

Bauer ist kein Beruf, sondern ein Berufsstand. Landwirte bewirtschaften Land, Hofbesitzer besitzen einen Hof – erst beides zusammen ergibt den Bauern. Bäuerliche Landwirtschaft beruht auf der Verbindung von Eigentum und Arbeit. Bäuerliche Familienbetriebe sind die ökonomisch wie ökologisch leistungsfähigste Agrarstruktur. Kostenvorteile größerer Einheiten stoßen immer da an ihre Grenzen, wo viel fremdes Geld und fremde Leute nötig sind. Der entscheidende Faktor, den die Ökonomen gern vergessen, ist die Privatinitiative pro Produktionseinheit. Weil die Höfe uns gehören, sind wir so produktiv und auf Dauer jeder anderen Agrarstruktur überlegen.

Niemand muss seinen Hof aufgeben, wenn er solide bleibt. Als Bauern denken wir in Generationen, über Marktschwankungen oder politische Einflüsse hinaus. Wir streben nach maximalem Ertrag und Erlös, aber nicht auf Kosten von Bodenfruchtbarkeit und Tiergesundheit. Wir streben nach rentabler Produktion, aber nicht auf Kosten der Liquidität. Durch diese eher vorsichtige Vorgehensweise sind wir vielleicht nicht ganz so dynamisch wie andere Marktteilnehmer, dafür aber ungeheuer stabil. Das stört die großen Konzerne, die gern die Agrarproduktion unter ihre Kontrolle bringen und damit wirtschaftliche Macht sichern wollen. Jeder bäuerliche Familienbetrieb, der erfolgreich wirtschaftet, ist ein Stachel im Fleisch des internationalen Finanzkapitals.



Strukturwandel ist gut, er gehört zur Marktwirtschaft. Es ist normal, dass Betriebe größer oder kleiner werden, neu entstehen oder aufhören. Wenn aber die Gesamtzahl der Betriebe seit Jahrzehnten abnimmt und sich gleichzeitig viele Betriebe in Existenznot befinden, ist irgendwas faul. Die Ursachen liegen auch bei uns selbst. Vor jeden betrieblichen Entwicklungsschritt gehört die nüchterne Analyse: Was passt zum Standort? Was kann ich bezahlen? Was kann ich beherrschen? Was will ich überhaupt? Der Wachstumswahn der vergangenen Jahre hat unternehmerische Fehlentscheidungen regelrecht provoziert, die sich gerade verheerend für die ganze Landwirtschaft auswirken. Wir brauchen nicht wenige große, sondern viele starke Betriebe.

Landwirtschaft ist die Erzeugung von Lebensmitteln durch Bodenfruchtbarkeit, Sonnenenergie und menschliche Arbeit. Sie ist damit Grundlage jeder Kultur und Schlüsselbranche für die Zukunft. Wir Bauern haben aus Wildnis erst blühende Landschaften geschaffen mit einer großen Artenvielfalt und dem reizvollen Wechsel aus Ackerland, Grünland, Wald und unterschiedlichen Biotopen. Deshalb lassen wir uns nur ungern belehren, wie die Natur funktioniert und wie wir mit ihr umzugehen haben. Natur- und Umweltschutz sollte vielmehr landwirtschaftliche Flächen vor neuen Häusern, Straßen und vor dem Raubbau an Rohstoffen besser schützen. Unsere Gesellschaft lebt nicht von Börsenkursen oder Exportraten, sondern von 30 Zentimetern Mutterboden.

Agrarpolitik muss die führende Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft anerkennen und Rahmenbedingungen gestalten, in denen sich ein gesunder Berufsstand entfalten kann. Eine breite Streuung des Eigentums, viele Selbständige und viel Privatinitiative sind die Voraussetzungen für hohe Produktivität und Wertschöpfung sowie für lebendige ländliche Räume. Deshalb gilt es, die Abhängigkeit von Subventionen zu verringern, steuerliche Belastung und bürokratische Reglementierung abzubauen und die bäuerlichen Familienbetriebe im Wettbewerb zu stärken: Monopolartige Strukturen bei Zulieferern und Abnehmern sind aufzubrechen, Importe sind nur noch aus Ländern zuzulassen, in denen zu unseren hohen Umwelt- und Sozialstandards produziert wird.



FREIE BAUERN: Unsere Forderungen

1. Freihandel nur noch mit Ländern, die zu unseren sozialen und ökologischen Standards produzieren:

Wir lehnen die Ratifizierung der Abkommen CETA und Mercosur grundsätzlich ab und befürworten einen Importstopp für genverändertes Soja aus Amerika. Wenn dadurch die Exportchancen für unsere Agrarprodukte sinken, so ist das in Kauf zu nehmen. Die wichtigste Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Diese Versicherung gegen Hunger darf nicht den Exportinteressen der Industrie geopfert werden.

2. Agrarförderung nur noch an ortsansässige Landwirte, nicht mehr an überregionale Investoren:

Wir sind für eine breite Streuung des Eigentums und viele selbständige Bauern. Deshalb wollen wir die Kappung der EU-Direktzahlungen, alternativ einen deutlichen Ausbau der Förderung der ersten Hektare. Größere Betriebe sollen sich durch Teilung anpassen können, die Eigentümer müssen aber unterschreiben, dass sie ortsansässig und nicht an weiteren antragstellenden Betrieben beteiligt sind. Für die Deutsche Agrarholding, Fielmann, Aldi & Konsorten darf es keinen Cent mehr geben.

3. Landwirtschaft hat Vorfahrt, Schluss mit dem Flächenverbrauch für Häuser, Straßen, Tagebaue und Naturschutz:

Hier und da ein paar Quadratmeter Zuwachs sind geschenkt, aber wir brauchen definitiv keine neuen Wohn- und Gewerbegebiete und erst recht keine neuen Straßen. Kohle- und Kiesgruben liefern auch nur billigen Nachschub für Energie- und Rohstoffverschwendung. Deshalb fordern wir, dass der Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche komplett eingestellt wird, statt ihn sinnloserweise mit dem Verbrauch von noch mehr landwirtschaftlicher Fläche für Naturschutz zu kompensieren.

4. Weg mit dem Agrarpaket, keine Bewirtschaftungsauflagen, Klartext gegen die Insektenlüge der NGOs:

Die im Agrarpaket vorgesehenen Einschränkungen und Verbote entbehren jeder fachlichen Grundlage und müssen verhindert werden. Wir wehren uns gegen die Unterstellung, dass ein Rückgang der Fluginsekten – wenn es ihn tatsächlich gibt – durch die heute betriebene Landwirtschaft verursacht sein soll. Die viel zitierte Krefeld-Studie beweist lediglich, dass in einem Naturschutzgebiet durch Rückzug der Landwirtschaft das Nahrungsangebot soweit reduziert wurde, dass deutlich weniger, dafür aber seltenere Insekten vorkommen.

5. Düngenovelle aussetzen, Meßstellennetz verdichten, Verursacher ermitteln, Großstädte und Kläranlagen in die roten Gebiete:

Die Düngeverordnung 2017 enthält eine Vielzahl nutzloser praxisferner Bestimmungen und wurde auf der Grundlage von gezielt durch das Bundesumweltamt manipulierten Daten beschlossen. Sie muss daher zurückgenommen werden. Verschärfungen gegenüber der Düngeverordnung 2006 akzeptieren wir nur, soweit diese durch technisch einwandfreie Daten aus einem flächendeckenden Messstellennetz begründet sind, das zwischen landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Einträgen unterscheidet, und sofern sie auf tatsächlich belastete Gebiete begrenzt bleiben.

6. Tierwohl bleibt in bäuerlicher Verantwortung – Tierrechtler, Technokraten und Kontrolleure runter vom Hof:

Die einzige funktionierende Methode für Tierwohl sind viele Bauern, die sich um ihre Tiere kümmern, ganz einfach weil sie ihnen gehören. Wir wollen Massentierhaltung einschränken durch Abschaffung des Stallbauprivilegs oberhalb der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber wir lassen uns nicht in die Produktion reinreden von scheinheiligen Tierschützern und verwirrten Veganern. Zwangstötungen und Zwangsimpfungen durch die Veterinärverwaltung lehnen wir ab.

7. Nutzpflanzen und Nutztiere gehören uns – keine Patente, keine Gentechnik und keine anderen patentierbaren Züchtungen: Unter dem Deckmantel der Klimaanpassung proben multinationale Konzerne mit so genannten neuen Züchtungstechnologien eine Neuauflage der Gentechnik. Unser Eigentum an Pflanzen und Tieren sehen wir als Eckpfeiler unserer unternehmerischen Freiheit. Wir halten bereits die Nachbaugebühren für einen unzulässigen Eingriff und sind nicht bereit, über neue Sorten auch nur zu diskutieren, so lange diese uns durch Patentschutz in totale Abhängigkeit führen würden.

8. Digitalisierung nur, wenn Staat und Konzerne draußen bleiben – keine Vernetzung und Überwachung unserer Betriebe: Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes versucht die Industrie, digitale Anwendungen in der Landwirtschaft nicht nur zu verkaufen, sondern als unverzichtbar hinzustellen. Eine effiziente Nutzung technischer Neuerungen ist für uns selbstverständlich, aber was wir auf unseren Höfen einsetzen, möchten wir frei entscheiden können. Wir wehren uns dagegen, wenn der Staat mit Fördermitteln oder gar mit Produktionsvorschriften darauf Einfluss nimmt.

9. Schluss mit den ungerechten Witterungshilfen – Risikoversorge können wir am besten selbst: Ganz abgesehen vom Imageschaden für den Berufsstand nützen staatliche Hilfsprogramme immer nur einem kleinen Teil der betroffenen Betriebe. Wer Existenznot nachweisen kann, wird gerettet, wer solide gewirtschaftet hat, geht leer aus. Bei der Mehrgefahrenversicherung stopfen sich die Versicherer die Taschen voll und von der steuerfreien Risikorücklage profitieren vor allem die, die viele Steuern zahlen. Das ist alles ungerecht. Der Staat sollte sich aus der betrieblichen Risikoversorge raushalten.

10. Weg frei für unsere Hofnachfolger – Höfeordnung als deutschlandweites landwirtschaftliches Erbrecht: Die beste Junglandwirteförderung ist, wenn man den jungen Leuten keine Steine in den Weg legt. Die in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg geltende Höfeordnung entlastet den Generationswechsel von übermäßigen Abfindungsansprüchen weichender Erben und stabilisiert damit die Betriebe. In allen anderen Bundesländern ist das landwirtschaftliche Erbrecht noch nicht zufriedenstellend geregelt und muss der Höfeordnung angeglichen werden.

11. Mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt – weg mit der Andienungspflicht, Lieferverträge vorab mit Menge und Preis: Dass alle Milcherzeuger ihre gesamte Milch an jeweils nur eine Meierei liefern müssen, über lange Zeiträume und ohne zu wissen, was sie dafür bekommen, ist schwerste Ausbeutung. Die Vertragsverhältnisse in der Branche widersprechen zutiefst den Grundsätzen der Marktwirtschaft und gehören schnellstens beseitigt. Wir verlangen eine Verordnung, nach der jeder Milchliefervertrag künftig Angaben zu Menge, Preis und Lieferzeitraum zu enthalten hat.

12. Ruhe am Weidezaun – Wölfe schießen statt Herden schützen: Die Ausbreitung der Wölfe untergräbt die ökonomische Basis der naturnahen Weidetierhaltung und ist nackter Terror gegen die Landbevölkerung. Statt hilfloser Herdenschutz-Experimente gehört der Wolf ins Jagdrecht. Wir wollen, dass Wölfe überall da, wo Menschen und Weidetiere sind, konsequent abgeschossen werden. Nur echte Wildnis darf als Schutzgebiet ausgewiesen werden. So wird die Zahl der Wölfe und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, auf ein für unsere Betriebe erträgliches Maß reduziert.

Mit dieser Aufstellung und diesem Programm sind die FREIEN BAUERN am 30. März 2020 gestartet. Ihr findet uns ab jetzt im Internet unter www.freiebauern.de. Auf den folgenden Seiten berichten wir über die Arbeit des Bauernbundes Brandenburg bis dahin sowie über Aktivitäten von Mitgliedern der FREIEN BAUERN in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen-Anhalt im ersten Quartal 2020.

Bauernbund schlägt WHES und LSV gemeinsame Kundgebung gegen Freihandelsabkommen vor

(PM 15.12.2019) Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat den Organisatoren von Wir-haben-es-satt und Land-schafft-Verbindung eine gemeinsame Kundgebung für Ernährungssouveränität und gegen die Ratifizierung der Freihandelsabkommen CETA und Mercosur vorgeschlagen. „Die Ablehnung von Agrarimporten aus Übersee, die mit Gentechnik und Hormonmast und unter Missachtung der in Deutschland geltenden sozialen und ökologischen Standards produziert wurden, vereint beide Gruppierungen“, sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze: „Beide könnten mit ansonsten völlig getrennten Demonstrationen und Positionen zum Brandenburger Tor ziehen und dort gemeinsam der Forderung nach regionaler Erzeugung von Lebensmitteln Ausdruck verleihen.“

Nach Einschätzung von Hintze handelt es sich bei der Ernährungssouveränität zwar um eine im Katalog der Forderungen kleine, in ihrer agrarpolitischen Wirkung jedoch sehr große Schnittmenge: „Gelänge es, CETA und Mercosur zu verhindern und die Einfuhr von Soja deutlich zu reduzieren, hätte dies enorme ökonomische und ökologische Vorteile für die deutsche Landwirtschaft.“ Die gemeinsame Kundgebung zweier so unterschiedlicher Gruppierungen mit Konzentration auf ein Thema würde ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erzielen und die Bundesregierung massiv unter Druck setzen, ist der 47jährige Landwirt aus Krielow im Havelland überzeugt: „Eine solche Aktion könnte im Idealfall die Gesellschaft dazu bringen, verstärkt über globale Zusammenhänge nachzudenken und den Wert einer sicheren Versorgung aus heimischer Produktion zu erkennen.“

Der Bauernbund bittet die Organisatoren von Wir-haben-es-satt und Land-schafft-Verbindung, um der Sache willen miteinander zu reden. Ein Motto für die gemeinsame Kundgebung hat Hintze schon: „Handlungsfreiheit statt Freihandel!“

Leckerstes Rindfleisch der Welt?

Aus einem Schreiben an den CDU-Bundestagsabgeordneten Herrn Mark Hauptmann : Ihre Aussage aus der Bundestagsdebatte zum Mercosur-Abkommen vom 17. Januar 2020 geistert gerade durch die sozialen Medien: „Ja, wir öffnen uns mit diesem Abkommen auch gegenüber dem leckersten Rindfleisch, das es auf diesem Planeten wahrscheinlich gibt, nämlich dem aus Argentinien.“ Diese Aussage ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für alle Ihre Parteifreunde, die sich gerade redlich darum bemühen, die gravierenden agrarpolitischen Fehler von Frau Klöckner zumindest teilweise auszubügeln und den Gesprächsfaden zwischen CDU und Landwirtschaft nicht ganz abreißen zu lassen. Wenn mir ein Politiker erzählt, dass ein üblicherweise mit Gensoja und Hormonmast von ausgebeuteten Arbeitern in riesigen Feedlots produziertes Rindfleisch wahrscheinlich leckerer sei als das Rindfleisch, das ich auf meinem Hof erzeuge, empfinde ich diese Aussage auch ganz persönlich als Beleidigung (...)

Reinhard Jung



„In Wahrheit geht es gar nicht ums Grundwasser, sondern die Politik will, dass unsere Landwirtschaft weniger produziert – vielleicht um Platz zu schaffen, für die Produktionskapazitäten, die gerade durch Brandrodung am Amazonas entstehen.“ Das war die Kernaussage eines Interviews mit Geschäftsführer Reinhard Jung, das der Berliner Tagesspiegel am 17. Januar veröffentlichte. Das Ringen um die Verschärfung der Düngeverordnung hat in den letzten Monaten die Arbeit des Bauernbundes Brandenburg geprägt und ging dennoch (vorerst) verloren. Unsere Pressemitteilungen zeigen die wesentlichen Stationen der Auseinandersetzung.

Bauernbund bringt Rückfallklausel für Düngenovelle in die Diskussion

(PM 29.01.2020) Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat für die Novelle der Düngeverordnung eine „Rückfallklausel“ vorgeschlagen. „Bei einer für das Grundwasser und die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe so wichtigen Frage dürfen wir uns nicht durch politische Kompromisse oder EU-Strafandrohungen unter Druck setzen lassen“, forderte Bauernbund-Vorstand Lutz Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderland: „Wenn es länger dauert, eine sachgerechte Regelung zu finden, dann müssen wir uns diese Zeit nehmen.“

Konkret möchte der 33jährige Landwirt einen letzten Paragraphen in den Gesetzestext eingefügt wissen, mit dem sich die Bundesregierung verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten ein flächendeckendes, repräsentatives, funktionierendes und unverfälschtes Messstellennetz für landwirtschaftliche Nährstoffeinträge aufzubauen und auf der Grundlage der Ergebnisse die Düngeverordnung innerhalb eines weiteren Jahres erneut zu novellieren. Wercham: „Damit die Betrüger im Umweltbundesamt gewarnt sind, sollte zeitgleich ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden, der aufklärt, wer für die Manipulation der 2016 nach Brüssel gemeldeten Grundwasserdaten Verantwortung trägt.“

Der Bauernbund weist seit 2016 darauf hin, dass die Messergebnisse, auf deren Grundlage die EU-Kommission verständlicherweise eine Notwendigkeit zur Verschärfung des Düngerechts ableitet, willkürlich zusammengestellt wurden mit der erkennbaren Absicht, einen schlechten Zustand des Grundwassers unter landwirtschaftlichen Flächen vorzutäuschen. Durch die Bauernproteste der vergangenen Monate ist diese Erkenntnis inzwischen zum Allgemeinwissen geworden, freut sich Wercham: „An vielen Stellen konnte sogar nachgewiesen werden, dass die erhöhten Nitratwerte nicht-landwirtschaftliche Ursachen haben, zum Beispiel undichte Kanalisation oder Altlasten. Diesen Fakten muss die Bundesregierung endlich Rechnung tragen.“

Bauernbund: Lieber EU-Strafzahlungen als diese Düngeverordnung

(PM 09.03.2020) Der Bauernbund Brandenburg hat an die Landesregierungen appelliert, die von der Bundesregierung vorgeschlagene Verschärfung der Düngeverordnung im Bundesrat zurückzuweisen. „Lieber sollten wir Strafzahlungen an die EU riskieren als eine aufgrund manipulierter Daten beschlossene Verordnung in Kraft zu setzen“, sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, Ackerbauer und Mutterkuhhalter aus Krielow im Havelland. Mit der vom Berufsstand ohnehin abgelehnten Bauernmilliarde ließen sich mehr als drei Jahre maximale Strafzahlungen überbrücken, argumentiert der 47jährige Landwirt: „Bis dahin müsste es der Bundesregierung doch möglich sein, ein Messstellennetz zu etablieren, das qualifizierte Aussagen über den Zustand des Grundwassers und den Einfluss landwirtschaftlicher Einträge erlaubt.“



In einer Stellungnahme an das Bundeslandwirtschaftsministerium bekräftigt der Bauernbund seine Forderung nach einem Untersuchungsausschuss, der aufklärt, wer für die manipulierten Messergebnisse im Nitratbericht 2016 verantwortlich ist. Hintze: „Wir wollen wissen, warum es vom Landwirtschaftsministerium nie ein technisches Anforderungsprofil für dieses wichtige Projekt gab und nach welcher nachvollziehbaren Methode das Bundesumweltamt aus einer Zusammenstellung weniger belasteter Messpunkte ein Messstellennetz gezaubert hat, das der Landwirtschaft flächendeckend umweltschädliche Wirtschaftsweisen unterstellt.“

Nach Hintzes Auffassung muss bereits die gültige Düngeverordnung von 2017 ausgesetzt werden, da sie auf falschen Annahmen beruhe: „Die Düngeverordnung von 2006 hat weitgehend funktioniert. Aus Umweltsicht notwendig gewesen wäre lediglich die Anrechnung der Biogas-Nährstoffe und die Pflicht zur Stoffstrombilanz für besonders intensive Betriebe.“ Der Bauernbund fordert von der Bundesregierung, die anhaltenden Proteste der Landwirtschaft zum Anlass für eine grundlegende Novelle des Düngerechts zu nehmen, die Probleme löst statt neue zu schaffen.

Bauernbund: Düngeverordnung ist ein Schlag ins Gesicht der Bauern

(PM 27.03.2020) Der Bauernbund Brandenburg, hat den heutigen Bundesratsbeschluss zur Novelle der Düngeverordnung scharf kritisiert. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der zehntausenden Bauern, die gegen die sinnlose Reform auf die Straße gegangen sind und an vielen Orten nachgewiesen haben, dass die neuen Regeln keine Vorteile für die Umwelt, wohl aber Nachteile für die Ernten bringen“, sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, Biolandwirt aus Lennewitz in der Prignitz: „Diese Düngeverordnung ist ein technokratisches Monster, der heutige Beschluss eine Machtdemonstration der Bundesregierung gegen die Menschen auf dem Land, die jeden Morgen früh aufstehen und unser tägliches Brot erzeugen.“

Wenn die über 95 Prozent der deutschen Landwirte, die bedarfsgerecht düngen, jetzt durch Auflagen und Verbote heruntergeregelt werden, schaffe das Platz für zusätzliche Agrarimporte aus Südamerika, argumentiert Jung: „Das ist gerade in der augenblicklichen Situation ein fatales Signal.“ Landwirtschaftsministerin Klöckner brauche sich nicht einzubilden, dass mit der Verabschiedung der Novelle die Diskussion beendet sei. Der bäuerliche Berufsstand lehne diese Düngeverordnung grundsätzlich ab, weil sie auf manipulierten Zahlen beruhe, die nichts mit der ökologischen Realität draußen zu tun haben. Jung:

„Es wird viele Klagen gegen die roten Gebiete geben. Es wird weiterhin politischen Widerstand geben. Die CDU im ländlichen Raum kann sich schonmal warm anziehen.“

Der Bauernbund zeigte sich auch enttäuscht von der brandenburgischen Landesregierung, die mit ihrem Votum den Beschluss zumindest hätte aufschieben können: „Brandenburg ist von der Verschärfung weniger betroffen als andere Bundesländer“, räumt Jung ein: „Aber mit dem Wechsel im Agrarministerium war die Hoffnung auf eine Politik zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft verbunden.“



Sie würden uns am liebsten mit Geld zuschmeißen, damit wir nur endlich die Klappe halten. Und sie fassen es nicht, dass wir keine Dankbarkeit zeigen für alle die angekündigten Geschenke. Sie sind es nicht gewöhnt, mit Bauern umzugehen, die selbstbewusst ihren Platz in der Gesellschaft einfordern. Das werden wir ihnen noch beibringen müssen – durch harte politische Arbeit.

Bauernbund zur Bauernmilliarde: Wir nehmen kein Schweigegeld!

(PM 30.01.2020) Der Bauernbund Brandenburg hat die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Bauernmilliarde abgelehnt. „Wir nehmen kein Schweigegeld“, sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Bei Mercosur, Düngebetrug und Insektenlüge geht es nicht nur um die wirtschaftliche Zukunft unserer Betriebe, es geht um unsere Berufsehre.“ Wenn die Bundesregierung glaube, sie könne ihre auf manipulierten Daten und falschen Anschuldigungen beruhende Politik einfach so fortsetzen, indem sie ein bisschen Geld verteilt, unterschätze sie die Bauern gewaltig, so der 54jährige Mutterkuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz: „Das Spiel kann sie mit angepassten Funktionären spielen, aber nicht mit den Zehntausenden, die diesen Winter auf die Straße gegangen sind.“

Das Handelsabkommen mit Südamerika, die Novelle der Düngeverordnung und die Maßnahmen des so genannten Agrarpakets würden dazu führen, dass die heimische Produktion sinnlos heruntergeregelt wird, um im Gegenzug minderwertige Agrarprodukte aus Übersee zu importieren mit schlimmen Folgen für die Umwelt, ist sich der Bauernbund sicher. Jung: „Unsere bäuerlichen Familienbetriebe denken in Generationen und wirtschaften in Einklang mit der Natur. Wir wollen von der Politik kein Geld, wir wollen vor allem in Ruhe gelassen werden.“

Bauernbund gegen neue Steuer: Tierwohl entsteht nicht am Schreibtisch!

(PM 09.02.2020) Der Bauernbund Brandenburg hat sich grundsätzlich gegen die von der Borchert-Kommission vorgeschlagene Verbrauchssteuer auf tierische Lebensmittel ausgesprochen. „Wieder will die Bundesregierung nur Geld ausschütten, wieder werden Bürokraten Fördermittel verwalten, wieder werden Agrarkonzerne profitieren und unsere bäuerlichen Familienbetriebe haben das Nachsehen“, warnte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Die vom Landesbauernverband und einigen Bioverbänden bereits geäußerte Zustimmung zur Tierwohl-Steuer kann sich der 55jährige Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark nur dadurch erklären, „dass diese Organisationen nicht allein Bauern vertreten, sondern traditionell eng mit den Unternehmen der Nahrungsmittelbranche verbunden sind.“

„Tierwohl entsteht nicht am Schreibtisch, sondern im Stall“, ist Paulsen überzeugt, der biologisch wirtschaftet: „Die beste Tierhaltung haben wir regelmäßig dort, wo sich die Bauernfamilie selbst um ihre Tiere kümmert, also in den kleinen und mittleren Betrieben.“ Um diese in Deutschland noch weit überwiegende tierfreundliche Agrarstruktur zu fördern bräuchte man keine neuen Steuern einzutreiben, sondern nur die Agrarsubventionen anders zu verteilen, argumentiert der Bauernbund. Paulsen: „Statt der Massentierhaltung mit Hightech-Investitionen ein Tierwohl-Mäntelchen umzuhängen, sollte die Politik die heimische Landwirtschaft stärken – durch eine klare Absage an die Einfuhr ausländischer Billigprodukte und durch konsequente Anwendung des Kartellrechts gegen die Handelsketten.“

Mit ihrem Vorgänger Jochen Borchert als Vorsitzenden der Kommission habe Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner überdies den „Bock zum Gärtner“ gemacht, merkt Paulsen an: „Borchert hat nach der Wiedervereinigung massiv die LPG-Nachfolger unterstützt und bäuerliche Familienbetriebe ausgebremst und ist damit mit verantwortlich für den derzeitigen Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen an das Großkapital.“

Bauernbund kritisiert DBV-Forderung nach Umgestaltung der Landwirtschaft

(PM 20.01.2020) Der Bauernbund Brandenburg hat die Forderung des DBV-Präsidenten Joachim Rukwied nach einem klaren Signal für einen Weg der Umgestaltung der Landwirtschaft als „gefährlichen Fehler“ bezeichnet. „Zwischen den Umgestaltungsträumen des DBV und der Agrarwende-Vision einer AbL sehe ich erstmal keinen Unterschied“, kommentierte Bauernbund-Präsident Marco Hintze die Äußerungen Rukwieds: „In beiden Fällen soll der Staat Steuergelder in landwirtschaftliche Investitionen pumpen, die sich eine große Mehrheit der bäuerlichen Familienbetriebe nicht leisten kann oder aus gutem Grund nicht leisten will.“ Der sicherste Weg für eine gleichermaßen leistungsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft sei aber, dass möglichst viele Familienbetriebe solide weiterwirtschaften.

Bei über neunzig Prozent der deutschen Landwirtschaft bestehe überhaupt kein Bedarf an Umgestaltung, argumentiert Hintze, der selber Ackerbau und Rindermast in Krielow im Havelland betreibt: „Unsere Bauernhöfe wirtschaften im eigenen Interesse ökonomisch erfolgreich und aus Generationenverantwortung ökologisch nachhaltig.“ Fehlentwicklungen wie Intensivtierhaltung ohne Boden in einigen Regionen Westdeutschlands oder der Ausverkauf der ostdeutschen Großbetriebe an überregionale Investoren ließen sich mit den vorhandenen agrarpolitischen Werkzeugen eindämmen, guten Willen vorausgesetzt. Gerade bei diesen Diskussionen erweise sich ausgerechnet der DBV als Bremsklotz, indem er agrarindustrielle Strukturen verteidige, bedauert Hintze: „Wichtig wäre jetzt ein Signal zugunsten der bodenständigen Bauern. Wir brauchen keine Umgestaltung der Landwirtschaft, sondern eine Umgestaltung der Landwirtschaftspolitik.“

Überzeugungsarbeit für den Bauernstand: Reinhard Jung, Hans-Jürgen Paulsen und Marco Hinze im Januar bei dem neuen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Uwe Feiler (2. von rechts)



Bauernbund warnt vor Einstieg des Finanzkapitals in die Landwirtschaft

(PM 19.02.2020) Der Bauernbund Brandenburg hat die gestern bekannt gewordene Übernahme der Agrargenossenschaft Sanne-Kerkuhn in Sachsen-Anhalt durch die Volksbank als „Warnsignal für die Agrarpolitik“ bezeichnet. „Wenn nach Industriellen, Immobilienhaien und Aldi-Stiftung jetzt auch noch das Finanzkapital ganz offen in die Landwirtschaft einsteigt, sollte der letzte Politiker begreifen, dass die EU-Fördermittel nicht mehr einfach so pro Hektar ausgereicht werden dürfen“, sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow: „Wir brauchen eine Kappung der Agrarsubventionen und eine Koppelung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden.“

Neben den Beteuerungen des Kreditinstituts, eigentlich nur das Beste für die Region zu wollen, sei an der Übernahme in Sanne-Kerkuhn besonders pikant, dass die DZ-Bank als Muttergesellschaft der regionalen Volksbanken erst vor einer Woche in einer Studie vorhergesagt hat, die bäuerliche Landwirtschaft werde in den nächsten zwanzig Jahren durch industrielle Agrarbetriebe abgelöst, hundertausende Bauern würden aufgeben. Dabei habe die Bank ihre „Rechnung ohne den Wirt gemacht“, kontert Kiesel: „Dass Banken in der Landwirtschaft Geld anlegen können, ist unbestritten. Aber dass sie mit Landwirtschaft Geld verdienen können, und das besser als wir, ist bisher Wunschdenken verwöhnter Manager.“

Bei den gegenwärtigen agrarpolitischen Auseinandersetzungen um Agrarsubventionen, Freihandelsabkommen, Düng-Auflagen, Pflanzenschutz-Verbote und Tierwohl-Anforderungen gehe es immer auch darum, ob der Staat die Landwirte stärkt oder schwächt, so der Bauernbund. Kiesel: „Das Kapital will an unser Land. Aber freiwillig werden wir das Feld nicht räumen!“



Um die Haltung des Landes zur Reform der EU-Agrarpolitik ging es beim Besuch des brandenburgischen Landwirtschaftsministers Axel Vogel auf dem Betrieb von Marco Hintze in Krielow im Februar. Unsere Forderung: Jetzt endlich bei den Direktzahlungen Kappung und Ortsansässigkeit durchsetzen!

Brandenburg: Diskussion zum agrarstrukturellen Leitbild

Der brandenburgischen Landwirtschaftsminister Axel Vogel plant ein Agrarstrukturgesetz und hat dafür eine Diskussion zum agrarstrukturellen Leitbild vorgeschaltet. Als Grundlage dafür hat das Ministerium im März Vorschläge gemacht, der Bauernbund Brandenburg hat diese mit Kommentaren versehen, von denen die strittigen nachfolgend aufgeführt sind.

Vorschlag: Oberziel: leistungsfähige Landwirtschaftsbetriebe, deren Eigentümer in einem räumlichen Bezug zu ihrem Betrieb leben, mit einer wirtschaftlich tragfähigen Eigentumsstruktur, sind die Basis einer stabilen Agrarstruktur. / **Kommentar:** Oberziel: viele leistungsfähige Landwirtschaftsbetriebe, die sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden und von ihnen bewirtschaftet werden, sind die Basis einer gesunden Agrarstruktur. Wir schlagen vor, den Begriff „viele“ zu verwenden, um die breite Streuung

des Eigentums zum Ausdruck zu bringen. Wir schlagen vor, den Begriff „ortsansässig“ zu verwenden und den räumlichen Bezug über eine geringe Entfernung zwischen Betriebssitz und Wohnsitz (maximal 10 Kilometer) zu definieren. Und wir schlagen vor, den wertenden Begriff „gesund“ zu verwenden – stabil können auch kranke Strukturen sein, wenn genug Geld von außen fließt.

Vorschlag: Die Struktur der brandenburgischen Betriebe, sowohl in Bezug auf die Betriebsgrößen und Rechtsformen als auch auf die Produktionsrichtungen und das Betreiben im Haupt- und im Nebenerwerb, soll vielfältig sein. / **Kommentar:** Nein! Die Struktur soll nicht vielfältig sein, denn Vielfalt ist kein Leitbild. Zur Vielfalt gehören auch ODEGA und Deutsche Agrarholding. Piep piep piep, wir ham uns alle lieb. Für ausreichend Vielfalt sorgen schon das Leben und der Markt. Die Politik sollte Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass nicht wenige große, sondern viele starke Landwirtschaftsbetriebe die brandenburgische Agrarstruktur prägen.

Vorschlag: Die in der Rechtsform einer Gesellschaft geführten Landwirtschaftsbetriebe sollten weder direkt noch indirekt durch außerlandwirtschaftliche Eigentümer dominiert werden, die auch außerlandwirtschaftliche Interessen verfolgen. / **Kommentar:** Landwirtschaftsbetriebe sollten sich grundsätzlich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden und von ihnen bewirtschaftet werden. Aus der Bewirtschaftung ergibt sich, dass sie „innerlandwirtschaftlich“ sind. Was für außerlandwirtschaftliche Interessen sie darüber hinaus verfolgen, geht den Staat nichts an (der doch immer für Diversifizierung plädiert).

Vorschlag: Die Betriebe sollen einen für ihre wirtschaftliche Stabilität möglichst hohen Eigenlandanteil erreichen können. / **Kommentar:** Nein! Das ist nicht präzise genug. Die ortsansässigen Landwirte, die Eigentümer der Betriebe sind, sollten einen möglichst hohen Eigenlandanteil an der bewirtschafteten Fläche ihrer Betriebe erreichen können. Bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften haben damit automatisch auch die Betriebe einen hohen Eigenlandanteil. Bei juristischen Personen ist ein hoher Eigenlandanteil der Betriebe sogar schädlich im Hinblick auf die stattfindenden Anteilsverkäufe. Die ortsansässigen Landwirte, die sich unbedingt in Form einer juristischen Person organisieren wollen, können ja durch Einbringung ihres Eigenlandes in diese Betriebe für entsprechende Stabilität sorgen.

Vorschlag: Nichtlandwirte können als Flächenkäufer oder Vorkaufsrechtsbewerber unter engen Voraussetzungen Landwirten gleichgestellt werden, wenn ihre Zielsetzungen den agrarstrukturellen Zielen des Landes entsprechen und nicht zusätzlich außerlandwirtschaftliche Ziele verfolgt werden. / **Kommentar:** Nein! Das wäre völlig unglaubwürdig, würde das agrarstrukturelle Leitbild in seiner Bedeutung konterkarieren und würde Tür und Tor für eine Unterwerfung des Bodenrechts unter die jeweils aktuellen agrarpolitischen Zielsetzungen öffnen.

Vorschlag: Landwirtschaftsbetriebe ohne räumlichen Bezug zu den Flächen in Brandenburg, die diese durch Lohnunternehmer bewirtschaften lassen wollen, sollen einem Nichtlandwirt gleichgestellt sein. / **Kommentar:** Nein! Das ist nicht präzise genug. Alle Landwirtschaftsbetriebe, die sich nicht im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, sollten beim Flächenerwerb einem Nichtlandwirt gleichgestellt werden. Diese Aussage ist von zentraler Bedeutung. Wir müssen doch in der Lage sein, die Strukturen zu definieren, die den ortsansässigen Landwirten Probleme machen und die den ländlichen Raum ausbluten lassen! Wieviel Arbeit die Betriebe von Lohnunternehmen durchführen lassen, ist dafür zunächst unerheblich.

Fazit: Unter dem neuen Landwirtschaftsminister findet eine Agrarstrukturdebatte statt, das ist positiv. Die Vorschläge aus dem Ministerium klingen allerdings noch ziemlich unstrukturiert, alles wie gehabt ...

BHV1 in Aachen: Wir beschützen diese Rinder vor Bürokratenwahnsinn

(PM 12.01.2020) Über 700 Bürger und Bauern aus der Region Aachen haben heute mit einer Menschenkette um den Milchviehstall der Familie Giesen in Aachen-Nütheim gegen die vom städtischen Veterinäramt angeordnete Massentötung der Rinder protestiert. „Wir beschützen diese Rinder vor Bürokratenwahnsinn“, sagte der Heinsberger Landwirt Karl-Heinz Krebs, Sprecher der FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen, die zu der Aktion aufgerufen hatten: „Wir Bauern leben mit unseren Tieren, wir lieben unsere Tiere und lassen uns die Zucht von Jahrzehnten doch nicht mit einem Federstrich auslöschen.“

In der Städtereion Aachen sollen zwei Milchviehherden mit zusammen rund 800 Kühen, Jungrindern und Kälbern getötet werden, weil sich ein Teil davon aus ungeklärter Ursache mit Rinderherpes infiziert hat. Die Bauern wehren sich dagegen – bis zur gerichtlichen Entscheidung ist die Massentötung ausgesetzt worden. Für Krebs handelt es sich bei der Tötungsanordnung um eine völlig überzogene Maßnahme der Veterinärbürokratie: „Die Krankheit ist nicht ausgebrochen und wird wahrscheinlich nie ausbrechen. Milch und Fleisch von den infizierten Tieren sind ungefährlich für Menschen. Im benachbarten Belgien und Holland wird Rinderherpes fast gar nicht bekämpft, dort dürften die Kühe weiterleben.“

„Kein Mensch in Aachen hat Verständnis dafür, dass gesunde Tiere abgeschlachtet werden“, erklärte Gabriele Rossbach von der Bürgerinitiative Rinder Retten, die Familie Giesen seit Beginn des Widerstandes im Juli 2019 unterstützt. Fast 75.000 Menschen haben inzwischen eine Petition gegen die Massentötung unterzeichnet. Rossbach vermutet, dass es bei der Tötung nur um Handelsvorteile für Rinderexporteure geht, viele Rinderhalter hätten Angst: „In den letzten zwei Jahren sind im Grenzgebiet sieben Herden zwangsweise getötet worden. Wenn das so weiter geht, traut sich künftig kein Bauer mehr, Rinder artgerecht auf der Weide zu halten. Die grasenden Kühe gehören für mich aber zur Voreifel, ich will mich auch künftig daran freuen.“

Zahlreiche Politiker aus der Region engagieren sich für eine Lösung, bei der die beiden Rinderherden leben bleiben können. „Die Tötung ist kein gesetzliches Muss, sondern nur eine Kann-Bestimmung, um die handelspolitischen Vorteile zu erhalten“, informierte Ute Nußbaum, Vorsitzende der CDU in Oberforstbach: „Unsere Europaabgeordnete Sabine Verheyen hat herausgefunden, dass auf EU-Ebene eine Lockerung der Vorgaben konkret geplant ist. Da muss es doch eine Möglichkeit geben, das Jahr bis dahin zu überbrücken“. Gegenüber Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser hat sie sich mit Parteifreunden dafür eingesetzt, dass über ein Pilotprojekt mit Quarantäne für die Giesen-Rinder die Herde aus dem Bestand heraus saniert werden darf.



Der politische Druck dürfte nach der heutigen Demonstration zunehmen. Rund 80 Traktoren und 10 Lastkraftwagen hatten die Straßen in Nütheim zugestellt. Vor dem Stall, der nur von außen eingesehen werden konnte, „um keinen Anlass für Schikanen des Veterinärämtes zu geben“, wie Bauertochter Anja Giesen begründete, gab es Brötchen, Glühpunsch und heiße Schokolade, wurden Kontakte geknüpft und Handynummern ausgetauscht. Karl-Heinz Krebs: „Alle sind sehr entschlossen. Als Landwirt freue ich mich über die Solidarität der Stadt, das ist nicht selbstverständlich.“



Am 27. Januar legten die FREIEN BAUERN Nordrhein-Westfalen nach mit einem Brief an Ministerpräsident Armin Laschet und der Stellungnahme des praktischen Tierarztes Dr. Hubert Buer und des Veterinärleiters im Ruhestand Josef Eschweiler – beides erfahrene Fachleute, die bestätigten, dass es sich beim Vorschlag des Bauernbundes Brandenburg, eine fünfjährige Quarantäne mit begleitendem Impfschutz zu gewähren, grundsätzlich um eine umsetzbare Lösung handelt und dass die behördliche Annahme von der angeblich zwingend notwendigen Tötung schlichtweg unzutreffend ist. Nach dem ersten Verhandlungstag vor dem Verwaltungsgericht Aachen schrieben die FREIEN BAUERN und die Bürgerinitiative Rinder Retten an Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser einen Brief, in dem sie die vom Friedrich-Löffler-Institut vorgetragene Argumente auf ihre innere Logik hin hinterfragten. Dieser Brief wird nachfolgend in Auszügen wiedergegeben. Die rechtliche Auseinandersetzung dauert an.

BHV1 in Aachen: Friedrich-Löffler-Institut ohne Sinn und Verstand

Vor Gericht wurde unser Vorschlag durch den vorgeladenen Sachverständigen Herrn Prof. Dr. Beer vom Friedrich-Löffler-Institut kategorisch abgelehnt, weil bei einer Quarantäne mit Impfschutz angeblich eine Ausbreitung des Virus auf andere Betriebe nicht sicher auszuschließen sei. In der Annahme, darin möglicherweise neue Hinweise auf die Notwendigkeit der Tötungsanordnung zu erhalten, haben wir inzwischen die protokollierten Ausführungen des Sachverständigen gelesen und sind dabei auf schwer wiegende Ungereimtheiten gestoßen:

- Während der bundesweiten BHV1-Sanierung wurde der Impfschutz zwanzig Jahre lang in einem BHV1-verseuchten Umfeld erfolgreich praktiziert und es gelang damit, den Virus auf eine für alle rinderhaltenden Betriebe verträgliche Art und Weise auszumerzen. Dass genau dieselbe Methode, noch dazu abgesichert durch konsequente Quarantäne, in einem weitgehend BHV1-freien Umfeld nicht funktionieren bzw. ein unzumutbares Risiko für andere Betriebe darstellen soll, entzieht sich jeder naturwissenschaftlichen Logik. ^[1]_[SEP]
- Bereits heute ist es die Regel, dass Mastbetrieben, bei denen der Virus festgestellt wurde, ^[1]_[SEP] eine bis zu 12monatige Frist eingeräumt wird, um die positiven Tiere zu entfernen. Unter konsequenter Quarantäne mit begleitendem Impfschutz wird ein Großteil der Tiere bis zur Schlachtreife gemästet und damit auf die ökonomischen Erfordernisse des Mastbetriebes Rücksicht genommen. Dass genau dieselbe Rücksichtnahme Zuchtbetrieben verweigert wird, widerspricht eklatant dem Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung – die für die Nachzucht einer BHV1-freien Milchviehherde notwendige bis zu 48monatige Frist kann ja, bezogen auf den jeweiligen Gefährdungsmoment, für andere Betriebe definitiv nicht mit einem größeren Risiko verbunden sein. ^[1]_[SEP]

Ruft man sich in Erinnerung, dass das Friedrich-Löffler-Institut mit seinen Einschätzungen hinsichtlich der Rinderkrankheit BSE vor 20 Jahren maßgeblich die damalige Hysterie, den Ruin zahlloser bäuerlicher Familienbetriebe und die sinnlose Verschwendung von Steuermilliarden zu verantworten hat, so sollte den Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Beer schon aus Prinzip mit wachem Verstand begegnet werden. (K.)

Widerstand in der Oberpfalz: Sauberes Trinkwasser im Roten Gebiet



Als unser Mitglied Georg Straller (2. von links) dem bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (3. von links) im Februar persönlich eine Messstelle zeigte, die zur Ausweisung des Roten Gebietes „Burglengenfelder Malm“ geführt hat, staunte dieser nicht schlecht. Es handelte sich nämlich um einen früheren Trinkwasserbrunnen mitten im Wald, der eingebrochen und somit nicht funktionsfähig war. Auf dem Neujahrsempfang in Weiden informierten Straller und sein Berufskollege Georg Rauch die bayerische

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber darüber, dass die Düngeverordnung auf den Ergebnissen ungeeigneter Messstellen beruhe, die oftmals nichtmal mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht werden können. Bereits im Dezember hatten die beiden, die mit weiteren Kollegen die Interessengemeinschaft Sauberes Trinkwasser Amberg-Sulzbach gegründet hatten, den aus der Oberpfalz stammenden bayerischen Finanzminister in einem Gespräch darüber aufgeklärt und auf die Problematik eingestimmt. „Dass Bayern im Bundesrat gegen die Düngeverordnung gestimmt hat, ist richtig, aber der Widerstand muss jetzt weiter gehen“, fordert Straller, Mitglied in der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN.

Selbstbestimmt in Sachsen-Anhalt: Brief an die Landwirtschaftsministerin

Mit einem Schreiben haben sich die FREIEN BAUERN Sachsen-Anhalt am 23. März der Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert vorgestellt. Alfons Wolff, Georg Scheuerle und Malte Ehrenberg führen darin zum Thema Eigentum und Verantwortung unter anderem aus:

Eines unserer Kernanliegen ist es, den Landwirten unter einem Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein und Selbstbestimmung die Bewirtschaftung ihrer Flächen zu ermöglichen. Leider besteht gerade in den letzten Jahren die Tendenz des Gesetzgebers und der Verwaltung, diese Möglichkeiten immer weiter einzuschränken, die Landwirtschaft in ein starres Korsett von Vorgaben zu zwingen und ihr sogar die Mitspracherechte in eigenen Angelegenheiten zu nehmen. Dabei wird nach unserer Einschätzung die Grenze des rechtlich Zulässigen zunehmend überschritten.

- Als ein aktuelles Beispiel kann die vieldiskutierte Einstufung landwirtschaftlicher Flächen als so genannte „rote Gebiete“ genannt werden. Anstatt die Nitratbelastung landwirtschaftlicher Flächen nach dem Verursacherprinzip zu bekämpfen – was wir ausdrücklich unterstützen würden – basiert die

Einstufung von Flächen in gefährdete und nicht gefährdete Gebiete auf einem intransparenten Verfahren, welches noch nicht einmal den Anspruch erhebt, die wirkliche Nitratbelastung abzubilden. Es existiert kein ausreichendes Netz von Messstellen und sogar die existierenden Messwerte wurden nicht zutreffend an die EU gemeldet. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, dass eine unberechtigte Einstufung einer Fläche als „rotes Gebiet“ einen Eingriff in die Bewirtschaftungsmöglichkeiten und damit unmittelbar in die Ertragslage der betroffenen Landwirte bedeutet, kann das verwendete Verfahren nicht gesetzeskonform sein. Deshalb unterstützen wir unsere Mitglieder in ihrem Bestreben, gegen rechtswidrige Benachteiligung vorzugehen.

- Wenn – als weiteres Beispiel – die Pflege der Gewässer zweiter Ordnung den eigens geschaffenen oder jedenfalls aufgeblähten Unterhaltungsverbänden übertragen wird, werden aus unserer Sicht vorrangig Stellen geschaffen und die Qualität der zu erledigenden Arbeiten wird verschlechtert statt sie zu verbessern. Der einzelne Landwirt oder ein Zusammenschluss solcher Landwirte wäre zur Erledigung derselben Arbeiten aufgrund der vorhandenen Orts- und Sachkenntnisse viel besser und effizienter in der Lage, als die öffentliche Hand dies auf Dauer ist. Dort verkrusten vielmehr Strukturen, die die Arbeit vor Ort als bloßen Verwaltungsvorgang behandeln und nicht als notwendige, sachkundig zu erledigende Arbeit im Interesse des Eigentümers und letztlich der Allgemeinheit.
- Die Entmündigung betroffener Eigentümer findet auch im Zusammenhang mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie unter dem Stichwort Natura 2000 statt. Hier werden unter dem Vorwand einer EU-Verordnung sachlich ungerechtfertigte Verschärfungen im Naturschutzbereich zu Lasten der Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen eingeführt. Weder ein vierjähriges Beteiligungsverfahren noch eine einjährige Evaluierung konnten verhindern, dass entwertende und aus unserer Sicht rechtswidrige Eingriffe in das Eigentum stattfanden, die noch nicht einmal angemessen entschädigt werden. Das der Politik und Verwaltung durch die Landwirtschaft entgegengebrachte Vertrauen wurde massiv enttäuscht. Die im Beteiligungsverfahren erreichten Kompromisse wurden beiseite geschoben, um aus sachfremden Erwägungen unverhältnismäßige Bewirtschaftungshemmnisse durchzudrücken.

Die Abgeltung von Ökosystemleistungen sowie der partnerschaftliche Ansatz im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes wurden sträflich und dauerhaft vernachlässigt. Stattdessen wird Landwirtschaft und Landbevölkerung, welche eigentlich über Wissen und Können verfügen, der Wille von Theoretikern aufgezwungen, der häufig in Unkenntnis der Fakten an den Erfordernissen der Praxis vorbei geht. Insgesamt ist überall dort, wo derzeit aufgrund verfehlter Politik der Vergangenheit und wachsendem öffentlichen Druck erkennbar Aktionismus ausbricht, eine Zielverfehlung durch Einleitung falscher Maßnahmen zu beklagen. Ziele wie Nachhaltigkeit, gesunde Ernährung und Umweltschutz sind auch für uns selbstverständlich. Eine gesunde Natur und Umwelt sind für uns seit jeher der Grundstock, auf dem wir und auch kommende Generationen auf unseren Höfen leben sollen. Deshalb wollen wir, dass Missstände beseitigt und Verursacher herangezogen werden. Aber eine „Sippenhaft“ der Landwirtschaft, bei der das Verursacherprinzip ausgeblendet wird, kann und darf es nicht weiter geben.

Wir bitten Sie, obenstehende Punkte im Interesse der Allgemeinheit und damit auch der Landwirtschaft zu berücksichtigen und möchten gern darüber mit Ihnen in einen Dialog treten. Wir wünschen uns, dass der bäuerliche Berufsstand künftig in Entscheidungsprozesse und Aufgabenerledigung eingebunden wird, um eine Verselbständigung der Verwaltung zu verhindern und statt dessen effiziente Maßnahmen zu ermöglichen, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen, nicht lediglich auf dem Papier. Wenn das auch Ihre Ziele sind, sollten wir an einem Strang ziehen, um eine für unser Land gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen. Über einen Gesprächstermin würden wir uns freuen.

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: